

Finanzierungsantrag „IBB CO₂-Sparende Gebäude“

1. Antragsteller:in

Unternehmen – Rechtsform:

Privatperson

Name

Straße und Hausnummer
(Firmensitz / Wohnanschrift)

PLZ

Ort

Ich bin Neukunde bzw. Neukundin der IBB:

ja

nein

nur bei Unternehmen relevant:

Mein Unternehmen ist vorsteuerabzugsberechtigt
gem. § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG):

ja

nein

Wirtschafts-ID:

nur bei Privatpersonen relevant:

ELSTER-Steuernummer:

Wenn Sie keine ELSTER-Steuernummer haben, können Sie Ihre Steuernummer hier umrechnen lassen:
[Überbrückungshilfe Unternehmen - Steuernummer-Umrechner](#)

Handelt es sich bei der Vermietung von Wohnraum um Ihre Hauptgeschäftstätigkeit*?

ja

nein

** Wenden Sie sich für diese Auskunft ggf. an Ihren steuerlichen Beistand, Ihre/n Steuerberater:in oder eine entsprechend auskunftsfähige Person.*

Kontaktdaten für Fragen zum Antrag:

Frau

Herr

Titel:

Vorname:

Nachname:

Funktion im Unternehmen:

Telefon:

E-Mail:

2. Förderobjekt

Straße und Hausnummer

PLZ

Investitionsort

Berlin

Gesamtanzahl der **Wohneinheiten** im Gebäude

vor Vorhabensdurchführung:

nach Vorhabensdurchführung:

Gesamtwohnfläche im Gebäude in m²:

vor Vorhabensdurchführung:

nach Vorhabensdurchführung:

Durchschnittliche Miethöhe (NKM):

EUR/m²

Gesamtanzahl der **Gewerbeeinheiten** im Gebäude

vor Vorhabensdurchführung:

nach Vorhabensdurchführung:

Gesamtgewerbefläche im Gebäude in m²:

Vor Vorhabensdurchführung:

nach Vorhabensdurchführung:

Durchschnittliche Miethöhe (NKM):

EUR/m²

Bestehen auf dem Förderobjekt Grundschulden?

ja

nein

Wenn ja,

Gesamthöhe der Grundschulden:

EUR

Bestehen auf dem Förderobjekt Kreditbelastungen?

ja

nein

Wenn ja,

Gesamthöhe der Kreditbelastungen:

EUR

Bestehen für die Wohneinheiten aktuell noch Mietpreis- und Belegungsbindungen?

ja

nein

Wenn ja,

Laufzeit der bestehenden Bindungen:

Haben Sie für das Förderobjekt bereits eine Förderung erhalten?

ja

nein

Wenn ja,

Art der Förderung:

4. Förderung

Die nachstehende Darlehenshöhe wird im Programm **IBB CO2-Sparende Gebäude** auf Grundlage der CO₂-Einsparung und der förderfähigen Kosten beantragt:

EUR

Aufgrund der Inanspruchnahme des **Bonusmoduls** wird ein **Zuschuss** in Höhe von

EUR beantragt.

Investitionsplan

Förderfähige Kosten (IBB CO2-Sparende Gebäude)	EUR
Förderfähige Kosten (KfW-Programme)	EUR
Instandhaltungskosten	EUR
Modernisierungskosten	EUR
Sonstige Kosten	EUR
Gesamtkosten	EUR

Finanzierungsplan

Eigenkapital	EUR
IBB CO2-Sparende Gebäude (Darlehen)	EUR
IBB CO2-Sparende Gebäude (Zuschuss)	EUR
Benötigen Sie für Ihr Vorhaben noch ein weiteres Darlehen? Dann wählen Sie gern das passende Förderangebot aus den folgenden Optionen aus.	
IBB-Produkte	EUR
KfW-Produkte	EUR
Fremdmittel	EUR
Sonstige Mittel	EUR
Gesamtfinanzierung	EUR

Wie lautet Ihre Bankverbindung?

Bank:

IBAN:

Handelt es sich um ein Geschäftskonto?

ja

nein

Ich bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu diesem Antrag und den beigefügten Anlagen.

Ich habe die „Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO“ der IBB (www.ibb.de/datenschutzinformation) zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift Antragsteller/in

5. ESG-Selbsterklärung* zu den Nachhaltigkeitsleitlinien

Uns ist bekannt, dass die IBB Gruppe sich die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zum Ziel gesetzt hat und zu diesem Zweck Nachhaltigkeitsleitlinien für das Kredit-, Förder- bzw. Zuschuss, Aval- und Beteiligungsgeschäft festgelegt hat.

Kernelement dieser Nachhaltigkeitsziele ist der Ausschluss von kontroversen Geschäftspraktiken, sei es in Form von Gesetzesverstößen oder der Beteiligung an kontroversen Geschäftsfeldern, die der Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft entgegenstehen. Die Nachhaltigkeitsziele sowie die von der Förderung ausgeschlossenen Geschäftspraktiken und -felder sind in den [Nachhaltigkeitsleitlinien](#) der IBB Gruppe festgelegt.

1. Ausschluss kontroverser Geschäftspraktiken

Wir versichern, die [Charta der Grundrechte der EU](#) und die Anforderungen der [UN Behindertenrechtskonvention](#) für den Zeitraum des Finanzierungsvorhabens durch die IBB Gruppe einzuhalten.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass nachgewiesene Verstöße gegen diese Verpflichtung mit einem teilweisen oder vollständigen Widerruf bzw. einer teilweisen oder vollständigen Kündigung der zugesagten Finanzierung sanktioniert werden können.

2. Ausschluss kontroverser Geschäftsfelder

Wir erklären, dass wir die Nachhaltigkeitsleitlinien zur Kenntnis genommen haben und bestätigen hiermit, dass das geplante Finanzierungsvorhaben grundsätzlich keinen Umsatzanteil aus den darin genannten ausgeschlossenen Geschäftsfeldern erzielt.

Hinweis: Uns ist bekannt, dass unser Finanzierungsantrag – sollten wir diese Erklärung nicht abgeben können – einer gesonderten Prüfung durch die IBB unterzogen wird.

Antragsteller/ in: Unternehmen (lt. Handelsregister):

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift Antragssteller/in

Name des Unterzeichners in Druckbuchstaben

*ESG: Environmental, Social and Corporate Governance sind Kriterien und Rahmenbedingungen für die Berücksichtigung von Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Sozialfragen innerhalb von Unternehmensführungen, öffentlichen Körperschaften, Regierungen und Behörden

6. Weitere Erklärungen

Mir ist bekannt, dass Tatsachen, die für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind, subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuchs und § 2 des Subventionsgesetzes in Verbindung mit § 1 des Landessubventionsgesetzes sind.

Subventionserhebliche Tatsachen und deren Änderungen müssen der IBB unverzüglich wahrheitsgemäß und vollständig mitgeteilt werden.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die für Stadtentwicklung zuständige Senatsverwaltung, der Rechnungshof des Landes Berlin, die Prüforgane der Europäischen Union und die Investitionsbank Berlin sowie von diesen beauftragte Institutionen zur Einsicht und Prüfung der eingereichten Unterlagen, Nachweise und Berichte sowie Originalbelege berechtigt sind. Auch Buchhaltungs- oder sonstige Geschäftsunterlagen, die im sachlichen Zusammenhang mit der Förderung stehen, dürfen von den genannten Stellen eingesehen und geprüft, örtliche Erhebungen durchgeführt und alle erforderlichen Auskünfte verlangt werden.

Mein Unternehmen ist gemäß der Definition in Artikel 2 Nr. 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in der jeweils geltenden Fassung (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) kein Unternehmen in Schwierigkeiten.

Mein Unternehmen hat keine Rettungsbeihilfe erhalten bzw. ist der hierfür gewährte Kredit bereits zurückgezahlt oder die Garantie ist bereits erloschen. Mein Unternehmen hat keine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten bzw. unterliegt keinem beihilferelevantem Umstrukturierungsplan mehr.

Es liegen keine Zwangsvollstreckungen und eidesstattliche Versicherungen gemäß § 807 ZPO vor und es ist nicht zu Scheck- und Wechselprotesten, Insolvenz- oder Vergleichsverfahren gekommen. Es liegen keine Erkenntnisse vor, die auf eine künftige existenzgefährdende Situation meines Unternehmens hindeuten würden.

Gegen mein Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der nicht bereits in voller Höhe nachgekommen wurde.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift Antragsteller/in

Einwilligung zur Kommunikation per E-Mail

Sie können mit der Investitionsbank Berlin per E-Mail kommunizieren. Da wir Datenschutz und Bankgeheimnis sehr ernst nehmen, empfehlen wir Ihnen die Nutzung eines E-Mail- Verschlüsselungsverfahrens, weil nur dieses wirkungsvoll personenbezogene oder vertrauliche Informationen schützen kann. Unverschlüsselte E-Mails sind nicht als sicher anzusehen.

Mit dieser Einwilligung erklären Sie sich einverstanden, dass wir Sie per E-Mail kontaktieren dürfen. Wir werden an Sie keine unverschlüsselten E-Mails versenden, die über Ihren Namen und E-Mail-Adresse hinaus personenbezogene Daten enthalten. Sie können diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Mit der dargestellten Vorgehensweise bin ich einverstanden. Mir ist bekannt, dass ich diese Einwilligung jederzeit widerrufen kann.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift Antragsteller/in

Erklärung "Politisch exponierte Person" (PEP)

Gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 4 Geldwäschegesetz (GwG) ist die Investitionsbank Berlin (IBB) verpflichtet, den Status „Politisch exponierte Person“ ihrer Kunden und deren wirtschaftlich Berechtigter (soweit vorhanden) zu bestimmen. Die Definitionen sind im beiliegenden Informationsblatt "Politisch exponierte Person" (PEP) aufgeführt (siehe Anlage 2).

Das beiliegende Informationsblatt "Politisch exponierte Person" (PEP) habe ich zur Kenntnis genommen.

Ich bin **keine** politisch exponierte Person, kein unmittelbares Familienmitglied einer politisch exponierten Person und keine ihr nahestehende Person.

Ich bin **eine** politisch exponierte Person, ein unmittelbares Familienmitglied einer politisch exponierten Person oder eine ihr nahestehende Person.

Nähere Angaben zu meiner Funktion/ Rolle:

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift Antragsteller/in

Kenntnisnahme Mitteilungsverordnung (MV)

Mir ist bekannt, dass Zahlungen/Zuschüsse nach den Bestimmungen der §§ 1 und 2 Absatz 1 Satz 1 der Mitteilungsverordnung (MV) in Verbindung mit § 93 c Absatz 1 der Abgabenordnung (AO) von der Investitionsbank Berlin an die Finanzbehörden gemeldet werden müssen, wenn die Zahlungsempfängerin oder der Zahlungsempfänger nicht im Rahmen einer betrieblichen Haupttätigkeit gehandelt hat, oder wenn die Zahlung nicht auf das Geschäftskonto der Zahlungsempfängerin oder des Zahlungsempfängers erfolgt. Die Zahlungen werden für das Kalenderjahr gemeldet, in dem sie erfolgt sind. Sie sind auch in eventuellen Zweifelsfällen an die Finanzbehörden zu melden. Weitere Informationen: www.gesetze-im-internet.de/mv/MV.pdf

Ja, mit Ankreuzen des nebenstehenden Feldes bestätige ich die oben genannte Erklärung.

Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Die Vertraulichkeit Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Wir möchten Ihnen daher an dieser Stelle Informationen darüber geben, wie wir Ihre Daten schützen, welche Daten und zu welchem Zweck wir Ihre Daten verarbeiten und welche Rechte Sie bezüglich Ihrer durch uns verarbeiteten Daten haben. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise diese genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten bzw. mit Ihnen vereinbarten Leistungen. Darüber hinaus können Sie ggf. weitergehende datenschutzrechtliche Informationen sowie die maßgeblichen Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeiten in den Antrags- und Vertragsformularen einzelner Förderprogramme finden. Maßgeblich sind die rechtlichen Grundlagen, wie etwa Förderrichtlinien, EU-Verordnungen und Gesetze, in ihrer jeweils aktuell gültigen Fassung.

I. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragte:r

Verantwortliche für die Datenverarbeitung:	Kontakt Daten der/des Datenschutzbeauftragten:
Investitionsbank Berlin, vertreten durch den Vorstand Bundesallee 210, 10719 Berlin Telefon: (030) 21 25 – 0, Fax: (030) 21 25 – 20 20 E-Mail-Adresse: info@ibb.de	Datenschutzbeauftragte:r der Investitionsbank Berlin Bundesallee 210, 10719 Berlin E-Mail-Adresse: datenschutz@ibb.de

II. Zwecke der Datenverarbeitung

Wir erheben und verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich, um Ihre Anfrage bezüglich einer unserer Förderprogramme bzw. Dienstleistungen zu beantworten, zur Umsetzung der mit Ihnen geschlossenen Verträge bzw. Ihnen erteilten Förderzusagen, zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten sowie zur Wahrung berechtigter Interessen. Je nach Zweck liegen dem unterschiedliche Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung zu Grunde (siehe III.). Es kann auch der Fall sein, dass die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten gesetzlich (z.B. zur Geldwäscheprävention) oder vertraglich (z.B. zur Prüfung Ihrer Kreditwürdigkeit) vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich ist. Dann sind Sie verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen; eine Nichtbereitstellung hätte möglicherweise zur Folge, dass wir unsere Leistungen nicht erbringen können oder dürfen oder dass wir einen Geldwäscheverdacht melden müssen.

III. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a), b), c), e) und f) DSGVO)

Unsere Befugnis zur Datenverarbeitung ergibt sich aus Artikel 6 Abs.1 bis 3 DSGVO durch Einwilligung oder Rechtsgrundlage (z.B. Gesetz oder EU-Verordnung). Soweit Sie uns eine Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) i.V.m. Art. 7 DSGVO) zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Registrierung im Kundenportal, Kommunikation per E-Mail) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt insbesondere zur Durchführung unserer Verträge mit Ihnen und zur Umsetzung Ihrer Aufträge sowie zur Ausführung aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Kreditinstituts erforderlichen Tätigkeiten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO). Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach dem konkreten Produkt. Die weiteren Einzelheiten zum Zweck der Datenverarbeitung können sie den jeweiligen Vertragsunterlagen und Geschäftsbedingungen entnehmen.

Zudem unterliegen wir als Kreditinstitut u.a. rechtlichen Verpflichtungen (z.B. Kreditwesengesetz, Geldwäschegesetz, Wertpapierhandelsgesetz, Steuergesetze) sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben (z.B. der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu diesen Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Kreditwürdigkeitsprüfung, die Identitäts- und Altersprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO. Die Investitionsbank Berlin als Anstalt des öffentlichen Rechts hat vom Land Berlin den

Auftrag, Fördermaßnahmen durchzuführen, die im öffentlichen Interesse sind [§ 5 Investitionsbankgesetz (IBBG)]. Um diese Zwecke zu erfüllen, verarbeitet sie personenbezogene Daten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) DSGVO).

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO). Dies gilt beispielsweise für:

- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunftgebern (z.B. SCHUFA) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken;
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten;
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der IBB;
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten;
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z.B. Zutrittskontrollen);
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts;
- Direktmarketing.

IV. Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung besonderer Kategorien (Art. 9 Abs. 2 DSGVO)

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, bekannt als „sensible Daten“, z.B. Informationen zu Ihrer Gesundheit (z.B. Schwerbehinderung), erheben wir, wenn dies für die Durchführung der Fördermaßnahme erforderlich ist. Personenbezogene Daten zur rassischen oder ethnischen Herkunft, zu politischen Meinungen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen oder zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, genetische Daten oder biometrische Daten zur Identifizierung einer Person und Angaben zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung werden von uns grundsätzlich nicht verarbeitet, es sei denn, wir sind gesetzlich dazu verpflichtet oder dies ist im Rahmen der von uns angebotenen Förderungen, Produkte und Dienstleistungen erforderlich.

V. Datenverarbeitung im Rahmen der Online-Identifikation

Bei einigen unserer Produkte ist es notwendig, dass wir eine Personen-Identifizierung durchführen. Dies ist auch in Ihrem Sinn, da dadurch Betrug und anderen unberechtigten Vertragsabschlüssen vorgebeugt werden kann. Darüber hinaus sind wir zum Teil gesetzlich zur Identifizierung verpflichtet. Je nach Produkt führen wir eine Identifikation zum Zwecke der Legitimation aufgrund gesetzlicher Vorgaben (wie z.B. dem Geldwäschegesetz) gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO oder zum Zwecke der Identifizierung aufgrund berechtigter Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO (zum Beispiel zur Verhinderung von Betrugshandlungen) durch. Eine Nutzung erfolgt dabei nur mit Ihrem Einverständnis gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO. Für die Online-Identifikation nutzen wir die Dienste unseres Vertragspartners WebID Solutions GmbH. Ihre Einwilligung, ggf. auch zur Verarbeitung biometrischer Daten, erteilen Sie vor der Nutzung des Online-Identifizierungsverfahrens.

VI. Kategorien der personenbezogenen Daten und Kategorien von Empfängern

Wir verarbeiten u.a. folgende personenbezogene Daten: Identitätsdaten (z.B. Namen, Adressen etc.), wirtschaftliche Daten, Objektdaten, Gesundheitsdaten. Kategorien von möglichen Empfängern sind u.a. deutsche und europäische Behörden, andere Kreditinstitute und Finanzierungspartner, Berater bzw. Gutachter und Auskunftgebern. Des Weiteren können Empfänger Ihrer Daten von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO sein. Dies sind u.a. Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, Innovationsförderung, Druckdienstleistungen, IT- und Telekommunikationsdienstleistungen, Statistik, Beratung und Consulting sowie Vertrieb und Marketing.

VII. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Soweit erforderlich verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung, was beispielsweise auch die Anbahnung und die Abwicklung eines Vertrages umfasst. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich u.a. aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO) oder dem Geldwäschegesetz (GwG) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen

zwei bis zehn Jahre. Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bis zu dreißig Jahre betragen können, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt. Darüber hinaus kann es bei Fördermaßnahmen zu einer abweichenden Speicherdauer aufgrund von landesrechtlichen oder europarechtlichen Vorschriften kommen.

VIII. Ihre Rechte in Bezug auf den Datenschutz

Sie haben das Recht, über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten Auskunft (Art. 15 DSGVO) zu verlangen. Ebenfalls steht Ihnen das Recht zu, bei Vorliegen der Voraussetzungen Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO) oder Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) Ihrer Daten zu verlangen. Sie haben das Recht, personenbezogene Daten, die Sie uns gegeben haben, in einem übertragbaren Format zu erhalten (Art. 20 DSGVO).

Es besteht zudem ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin.

IX. Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) und f) der DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder im Rahmen einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Direktwerbung oder ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO, das wir zur Bonitätsbewertung einsetzen. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an:

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210, 10719 Berlin

X. Einwilligungen

Ihre nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO erteilten Einwilligungen können Sie jederzeit für die Zukunft gegenüber der Investitionsbank Berlin widerrufen. Dies gilt auch für Einwilligungen, die bereits vor Inkrafttreten der DSGVO erteilt wurden. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

XI. Nutzung der Daten für die Profilbildung (Scoring)

Wir verarbeiten teilweise Ihre Daten automatisiert mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Im Rahmen der Beurteilung Ihrer Kreditwürdigkeit nutzen wir das Scoring. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß nachkommen wird. In die Berechnung können beispielweise Einkommensverhältnisse, Ausgaben, bestehende Verbindlichkeiten, Beruf, Arbeitgeber, Beschäftigungsdauer, Erfahrungen aus der bisherigen Geschäftsbeziehung, vertragsgemäße Rückzahlung früherer Kredite sowie Informationen von Kreditauskunfteien einfließen. Das Scoring beruht auf einem mathematisch-statistisch anerkannten und bewährten Verfahren. Die errechneten Scorewerte unterstützen uns bei der Entscheidungsfindung im Rahmen von Produktabschlüssen und gehen in das laufende Risikomanagement mit ein. Eine automatisierte Entscheidung im Einzelfall im Sinne des Art. 22 DSGVO nutzen wir nicht.

Ich habe die Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO der IBB erhalten und zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Name des Unterzeichners
in Druckbuchstaben

Rechtsverbindliche Unterschrift

Definition "Politisch exponierte Person" (PEP)

Eine politisch exponierte Person ist gemäß § 1 Abs. 12 Geldwäschegesetz jede Person, die ein wichtiges öffentliches Amt auf **internationaler, europäischer** oder **nationaler** Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Ebene, dessen politische Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder ausgeübt hat.

Personen, die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben oder ausgeübt haben:

1. Staatschefs, Regierungschefs, Minister, Mitglieder der Europäischen Kommission, stellv. Minister und Staatssekretäre,
2. Parlamentsabgeordnete und Mitglieder vergleichbarer Gesetzgebungsorgane,
3. Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien,
4. Mitglieder von obersten Gerichtshöfen, Verfassungsgerichtshöfe oder sonstigen hohen Gerichten, gegen deren Entscheidungen im Regelfall kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann,
5. Mitglieder der Leitungsorgane von Rechnungshöfen,
6. Mitglieder der Leitungsorgane von Zentralbanken,
7. Botschafter, Geschäftsträger und Verteidigungsattachés,
8. Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane staatseigener Unternehmen,
9. Direktoren, stellv. Direktoren, Mitglieder des Leitungsorgans oder sonstige Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation.

Eine Person, die seit mindestens einem Jahr keine wichtigen öffentlichen Ämter im Sinne der o. g. Tätigkeiten ausgeübt hat, ist nicht mehr als politisch exponiert zu betrachten.

Familienmitglied ist ein naher Angehöriger, insbesondere

- der Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner,
- ein Kind und dessen Ehepartner oder eingetragener Lebenspartner sowie
- jeder Elternteil.

Bekanntermaßen nahestehende Person im Sinne des Gesetzes ist eine natürliche Person, bei der der Grund zur Annahme besteht, dass diese Person

1. gemeinsam mit einer politisch exponierten Person a. wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 GwG ist oder b. wirtschaftlich Berechtigter einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG ist,
2. zu einer politisch exponierten Person sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält oder
3. alleiniger wirtschaftliche Berechtigter
 - a. einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 GwG ist oder
 - b. einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG ist, bei der der Grund zur Annahme besteht, dass die Errichtung faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person erfolgte.